Grossratsbeschluss über den Lärmschutz

vom 8. November 1990¹

Der Grosse Rat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft des Regierungsrates vom 5. Dezember 1989² Kenntnis genommen und

erlässt

in Vollzug von Art. 36 des eidgenössischen Umweltschutzgesetzes vom 7.

Oktober 1983³ und Art. 45 der eidgenössischen Lärmschutz-Verordnung vom

15. Dezember 1986⁴

als Beschluss:

Politische Gemeinde

Art. 1.

¹ Die politische Gemeinde vollzieht die eidgenössische Lärmschutz-Verordnung⁵, soweit keine besonderen Vorschriften gelten.

Staat

a) allgemein

Art. 2.

¹ Aufgaben des Staates sind:

- a) Erstellung der Lärmbelastungskataster;
- b) Erstellung der Strassensanierungsprogramme für Staatsstrassen;
- c) Erstellung der Mehrjahrespläne für Staats- und Gemeindestrassen;
- d) Sanierungen und Schallschutzmassnahmen bei Verkehrsanlagen des Staates;
- e) Verfügungen über Schallschutzmassnahmen, wenn der Bund für Emissionsbegrenzungen und Sanierungen zuständig ist;
- f) Verfügungen bezüglich Lärm aus Industrie und Gewerbe, wenn eine kantonale Stelle nach der Gesetzgebung über den Arbeitnehmerschutz für die Anlage zuständig ist;
- g) Verkehr mit dem Bund.

² Der Regierungsrat bezeichnet die zuständigen Stellen.

b) Übertragung von Aufgaben

Art. 3.

¹ Der Regierungsrat kann Aufgaben des Staates gegen angemessene Vergütung durch Verordnung der politischen Gemeinde übertragen, wenn sie dies beantragt und nachweist, dass sie die Voraussetzungen erfüllt.

c) Anhörung

Art. 4.

¹ Der Staat hört die politische Gemeinde an:

- a) bei Erstellung der Lärmbelastungskataster und der Strassensanierungsprogramme;
- b) vor Erlass von Verfügungen über Schallschutzmassnahmen, wenn der Bund für Emissionsbegrenzungen und Sanierungen zuständig ist.

Planverfahren

Art. 5.

¹ Für Sanierungen und Schallschutzmassnahmen bei Strassen wird das Planverfahren nach Strassengesetz sachgemäss durchgeführt.

² Die zuständige Stelle verfügt Schallschutzmassnahmen.

³ Das Baubewilligungsverfahren bleibt vorbehalten.

Empfindlichkeitsstufen

a) Grundsatz

Art. 6.

¹ Es werden zugeordnet:

Zonenart nach Baugesetz	Empfindlichkeitsstufe
Kurzonen und Grünzonen, die in Baureglement, Zonenplan oder Schutzverordnung besonders bezeichnet werden	I

Wohnzonen, Kurzonen, Grünzonen sowie Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen II

Wohn-Gewerbe-Zonen, Gewerbe-Industrie-Zonen, Kernzonen, Weilerzonen, Landwirtschaftszonen und übriges Gemeindegebiet⁶ III

Industriezonen und Intensiverholungszone IV

² Erfordert es die bestehende oder die geplante Nutzung, so kann in Baureglement, Zonenplan, Überbauungsplan, Gestaltungsplan oder Schutzverordnung eine andere Zuordnung festgelegt werden für:

- a) Kurzonen;
- b) Grünzonen;
- c) Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen;
- d) Intensiverholungszone;
- e) übriges Gemeindegebiet.

³ In Zonen für Skiabfahrts- und Skiübungsgelände gilt die Empfindlichkeitsstufe der zugrundeliegenden Zone.

b) Zuordnung zur höheren Stufe

Art. 7.

¹ Teile von Zonen der Empfindlichkeitsstufe II, die mit Lärm vorbelastet sind, können in Baureglement, Zonenplan, Überbauungsplan, Gestaltungsplan oder Schutzverordnung der nächsthöheren Empfindlichkeitsstufe zugeordnet werden.

Änderung bisherigen Rechts

Art. 8.

Das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. Mai 1965⁷ wird wie folgt geändert:

Art. 59 Abs. 2 lit. b Ziff. 3.

¹ Obwohl ein ordentliches Bundesrechtsmittel offensteht, kann beim Verwaltungsgericht Beschwerde erhoben werden gegen:

- b) Verfügungen und Entscheide des Regierungsrates in folgenden Angelegenheiten:

3. Massnahmen nach der Gesetzgebung über den

Umweltschutz⁸, ausgenommen bei öffentlichen Strassen.

Fristen

Art. 9.

¹ Die Nutzungsplanung im Sinn des eidgenössischen Raumplanungsrechts wird bis 1. April 1995 den Vorschriften dieses Beschlusses angepasst und öffentlich aufgelegt.

² Die Strassensanierungsprogramme werden bis 1. April 1997 erstellt.

Vollzugsbeginn

Art. 10.

¹ Der Regierungsrat bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Beschlusses.

Referendum

Art. 11.

¹ Dieser Beschluss untersteht nach Art. 5 lit. b des Gesetzes über Referendum und Initiative⁹ dem fakultativen Gesetzesreferendum.

1 Erlassen am 27. September 1990; nach unbenützter Referendumsfrist rechtsgültig geworden am 8. November 1990; in Vollzug ab 1. Januar 1991. Geändert durch Abschnitt II Ziff. 1 des III. NG zum [BauG](#) vom 1. Dezember 1996, nGS 32-21 (sGS 731.1).

2 ABl 1990, 189.

3 [SR](#) 814.01.

4 [SR](#) 814.41.

5 Eidg Lärmschutzverordnung vom 15. Dezember 1986, [SR](#) 814.41.

6 Geändert durch III. NG zum [BauG](#).

7 sGS 951.1.

8 Schutz des Ökologischen Gleichgewichts, [SR](#) 814 und sGS 67.

9 sGS 125.1.